LANDESARCHIV
NORDRHEIN
WESTFALEN

Schüler forschen im Archiv

Kapitel 5.7
Bestand Polizeipräsidium Wuppertal:
Eine Kriminalakte von 1954-1981

Ein archivpädagogischer Führer für Schülerinnen und Schüler durch das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen

5.7 | Bestand Polizeipräsidium Wuppertal: Eine Kriminalakte von 1954-1981

Landesarchiv NRW Abteilung Rheinland
2. Verwaltungsbehörden der Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln
2.4 Polizei
2.4.1 Polizeipräsidien
⇨ 2.4.1.11 Polizeipräsidium Wuppertal

5.7.1 Der Bestand

Das Polizeipräsidium Wuppertal ist eine von 47 Kreispolizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen. Als Teil der Polizeiverwaltung übernimmt ein Polizeipräsidium in seinem Bezirk die Aufgabe, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren, Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zu verfolgen sowie den Straßenverkehr zu überwachen. Bis weit in das 20. Jahrhundert hinein lag die Verantwortung für die Polizei noch auf der kommunalen Ebene, d. h. in den Städten beim (Ober-)Bürgermeister, auf dem Land beim Landrat. Erst mit dem immensen Wachstum vieler Städte im Zuge der Industrialisierung und dem damit verbundenen Problem zunehmender Kriminalität wurden in einzelnen Großstädten Polizeibehörden in staatlicher Verantwortung eingerichtet: die Polizeipräsidien. Zu den frühesten Gründungen in der damaligen preußischen Rheinprovinz gehörte das Polizeipräsidium in Elberfeld-Barmen, das 1922 gegründet und 1929 mit Blick auf den gesamtstädtischen Ballungsraum in Wuppertal umbenannt wurde. Diese Entwicklung fand nach einer kurzen Übergangsphase in der Nachkriegszeit 1953 ihren Abschluss. Die Polizei des neu geschaffenen Landes Nordrhein-Westfalen wurde flächendeckend verstaatlicht und die noch heute gültigen Polizeistrukturen geschaffen, die sich üblicherweise nach den Kreisgrenzen richten. Ausnahmen sind aber möglich; so ist das Polizeipräsidium Wuppertal beispielsweise zuständig für die drei kreisfreien Städte Wuppertal, Remscheid und Solingen.

Die Arbeit der Polizei spiegelt sich in ihren Akten wider: Jede Kreispolizeibehörde führt erst einmal Akten zu ihrer internen Organisation und zu ihrem Personal. Dokumente zum Aufbau der Behörde und zur Ausstattung mit Material und Personal sind hier ebenso zu finden wie Protokolle von Dienstbesprechungen oder die grundsätzliche Klärung offener Fragen, beispielsweise die Einteilung der Streifenbezirke, der Einsatz von Diensthunden oder die Zusammenarbeit mit der Presse. Daneben macht die Dokumentation der Einsätze den Großteil des polizeilichen Schriftgutes aus. Gerade Einsätze bei öffentlichen Veranstaltungen und Versammlungen (z. B. Demonstrationen, Staatsbesuche, Objektschutz) bringen umfangreiche Akten hervor, ebenso das Vorgehen gegen kriminelle Vereinigungen (z. B. extremistische Parteien). Die Ermittlungsarbeit bringt eine Vielzahl von Erkenntnissen über einzelne Personen mit sich, die in Kriminalakten erfasst werden können. Solche Kriminalakten dienen als Gedächtnis der Polizei, in welchem bisherige Erkenntnisse dokumentiert und alle relevanten Informationen über Verdächtige oder Verurteilte gesammelt werden.

Momentan umfasst der Bestand Polizeipräsidium Wuppertal knapp 1.100 Akten, wächst aber durch Abgaben weiter. Die Laufzeit der Akten beginnt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (und umfasst damit auch polizeiliche Angelegenheiten aus der Zeit vor der Gründung des Polizeipräsidiums) und endet gegenwärtig in den 1990er Jahren. Die Beständeübersicht der Abteilung Rheinland (gedruckt, in der V.E.R.A.-Datenbank im Lesesaal oder online: www.lav.nrw.de » Abteilung Rheinland » Bestände » Beständeübersicht) gibt einen ersten Überblick über Umfang, Inhalt und Untergliederung des Bestandes und verweist auf die dazugehörigen Findbücher 217.09, in denen die einzelnen Akten mit Bestellsignatur, Aktentitel und Laufzeit einzeln aufgeführt sind.

5.7.2 Quellenkunde: Kriminalakten

Die Arbeit der Polizei ist in vielen Bereichen untrennbar mit der Sammlung von Informationen über verdächtige Personen verbunden. Gesammelt werden die Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungstätigkeit erst einmal in einer so genannten Ermittlungsakte. Diese Akte verbleibt nach Abschluss der Ermittlungen aber nicht bei der Polizei, sondern wird an die Staatsanwaltschaft übergeben, die mit den gesammelten Informationen Klage vor Gericht erhebt. Die Ermittlungsakte wird fester Bestandteil der staatsanwaltlichen Akten und kehrt nicht mehr zur Polizei zurück. Damit die Polizei aber nach Abschluss der Ermittlungen nicht alle gesammelten Informationen verliert, die sie für ihre Aufgaben auf dem Gebiet der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung auch zukünftig benötigen könnte, kann sie über alle kriminalpolizeilich in Erscheinung getretenen Personen (Verdächtigte, Beschuldigte, Verurteilte, Gesuchte etc.) so genannte Kriminalakten anlegen. Diese Akten enthalten die persönlichen Daten des Betroffenen (Namen, Wohnort, Beruf, Familienverhältnisse etc.), Informationen über begangene Straftaten und erfolgte Verurteilungen sowie eine Vielzahl von Berichten, Hinweisen und Vermerken aus der polizeilichen Ermittlungsarbeit. Eine Kriminalakte bietet somit reichhaltiges Material über eine erfasste Person, wenn auch aus einer polizeilichen Perspektive, die den Schwerpunkt naturgemäß auf kriminelle Handlungen legt. Darüber hinaus lassen sich aus Kriminalakten aber vielfach auch Lebensumstände herauslesen, die über den individuellen Fall hinaus Aussagen über die gesellschaftlichen und politischen Zustände einer bestimmten Zeit enthalten.

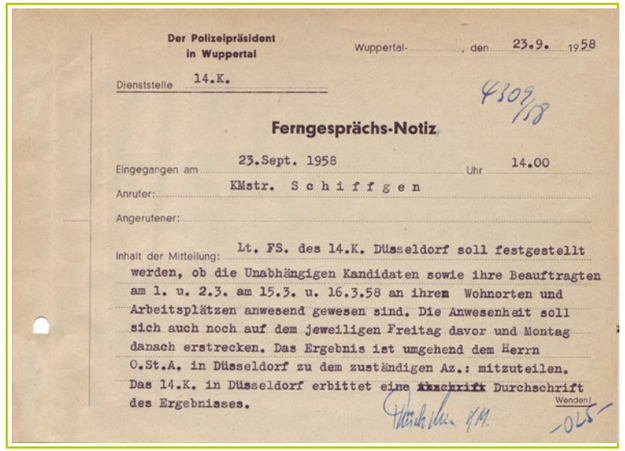
Von besonderer Bedeutung sind vor diesem Hintergrund gerade jene Kriminalakten, die über Personen angelegt wurden, denen politische Delikte zur Last gelegt wurden. In diesem Bereich der ehemaligen politischen Polizei lagen die Anfänge der Kriminalaktenführung und hier erreichte die Erfassung und Überwachung von Personen auch ihren Höhepunkt. Während der Zeit des Nationalsozialismus legte die Geheime Staatspolizei, aber auch die Kriminalpolizei, eine Vielzahl von Akten zu oppositionellen Personen an. Die Delikte richteten sich hier nach anderen Weltanschauungen (Kommunismus, Sozialdemokratie, Kirche etc.) oder vermeintlichen rassisch-biologischen Merkmalen (Juden, „Asoziale“, „Zigeuner“ etc.). Eine solche umfassende Überwachung der Bevölkerung wurde nach 1945/49 im demokratischen System der BRD (anders als in der DDR) abgelehnt, gleichwohl zeigte sich bald der Bedarf, über politisch verdäch-

tige Personen entsprechende Materialsammlungen anzulegen. In den 1950er Jahren sorgte das Verbot der nationalsozialistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) für eine polizeiliche Verfolgung der Parteimitglieder, die auch die umfangreiche Anlage von Kriminalakten beinhaltete. Bis heute finden sich Kriminalakten nicht nur bei den klassischen Gewaltverbrechen, sondern gerade auch bei politisch-extremistischen Delikten. Der besondere Wert dieser Akten für die historische Forschung ist ein doppelter: Sie geben zum einen Einblick in die polizeiliche Überwachungstätigkeit in einer bestimmten Zeit, zum anderen dokumentieren sie Formen von politischem Protest.

Zu beachten ist bei der Arbeit mit Kriminalakten, dass in ihnen eine Vielzahl von persönlichen Daten versammelt ist, die grundsätzlich vor dem Einblick unbeteiligter Dritter geschützt werden muss. Im Archiv können solche personenbezogenen Akten nur eingesehen werden, wenn die betreffende Person bereits seit mindestens zehn Jahren verstorben ist (oder bei fehlender Kenntnis des Todesdatums vor mindestens hundert Jahren geboren wurde). Für wissenschaftliche Zwecke, wozu in der Regel auch Schülerrecherchen gehören, ist die ausnahmsweise Verkürzung der Schutzfrist möglich. Auf schriftlichen Antrag kann eine Sondergenehmigung erteilt werden, die die Nutzung unter Auflagen (z. B. Anonymisierung der Namen) zulässt. Die Lesesaalaufsicht und die Archivpädagogen helfen hier gern weiter.

5.7.3 Zum Beispiel: Linksextremismus in Wuppertal

Exemplarisch lässt sich der Wert von Kriminalakten an der Frage nach den politischen Verhältnissen in Deutschland nach 1945 und dem Beginn des Kalten Krieges verdeutlichen. Der große weltpolitische Konflikt lässt sich mithilfe von Kriminalakten am lokalen Beispiel nachzeichnen. Der zunehmende Gegensatz zwischen Ost und West nach dem Zweiten Weltkrieg führte in der jungen Bundesrepublik zu einer zunehmend skeptischen Beobachtung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Die offensive Parteinahme für ein sozialistisches Politik- und Gesellschaftsmodell sowie ihre enge ideologische Bindung an DDR und UdSSR wurde als Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Westdeutschland wahrgenommen (siehe Abb.).



Der Polizeipräsident in Wuppertal — Wuppertal-, den 23.9.1958

Dienststelle 14.K.

4509/58

Ferngesprächs-Notiz

Eingegangen am 23.Sept. 1958 Uhr 14.00

Anrufer: KMstr. Schiffgen

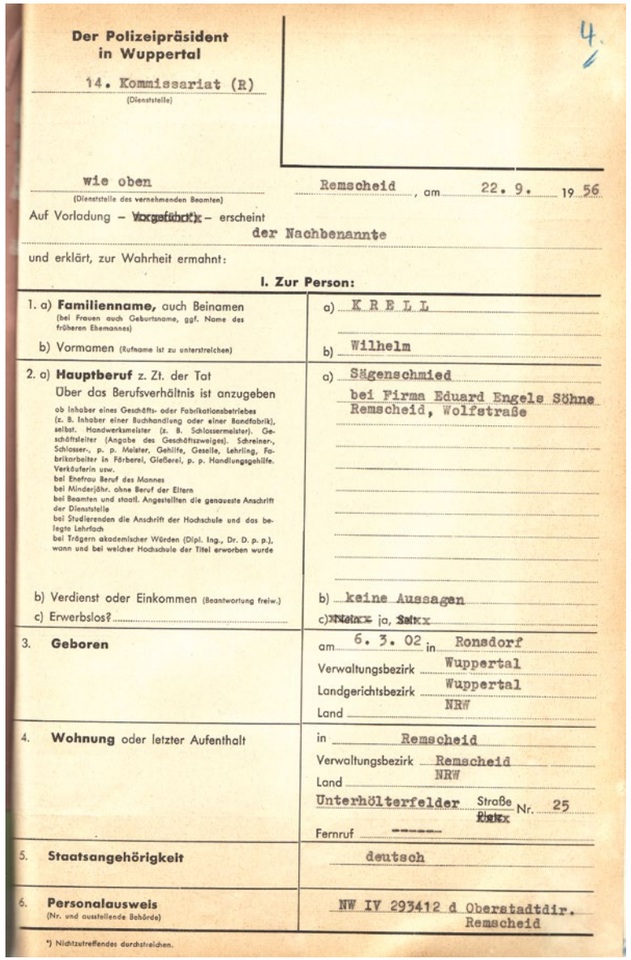
Angerufener:

Inhalt der Mitteilung: Lt. FS. des 14.K. Düsseldorf soll festgestellt werden, ob die Unabhängigen Kandidaten sowie ihre Beauftragten am 1. u. 2.3. am 15.3. u. 16.3.58 an ihrem Wohnorten und Arbeitsplätzen anwesend gewesen sind. Die Anwesenheit soll sich auch noch auf dem jeweiligen Freitag davor und Montag danach erstrecken. Das Ergebnis ist umgehend dem Herrn O.St.A. in Düsseldorf zu dem zuständigen Az.: mitzuteilen. Das 14.K. in Düsseldorf erbittet eine ~~Abschrift~~ Durchschrift des Ergebnisses.

Wenden!

Nachforschungen über die mögliche Teilnahme von ehemaligen KPD-Mitgliedern an Veranstaltungen in der DDR, LAV NRW R BR 2025 Nr. 9

1956 verbot das Bundesverfassungsgericht die KPD. Schon im Vorfeld des Verbotsprozesses hatten die Polizeibehörden – darunter auch das Polizeipräsidium Wuppertal – belastendes Material über die Partei und ihre Funktionäre gesammelt, mit dem Urteil gerieten dann tausende Parteimitglieder in die Illegalität und rückten in den Fokus der polizeilichen Ermittler. Zu diesem Personenkreis gehörte auch Wilhelm Krell aus Remscheid, dessen Kriminalakte im Landesarchiv NRW im Findbuch zum Polizeipräsidium Wuppertal (217.09.03) unter der Signatur BR 2025 Nr. 9/10 zu finden ist (siehe Abb.).



Der Polizeipräsident in Wuppertal — 4.

14. Kommissariat (R) (Dienststelle)

wie oben (Dienststelle des vernehmenden Beamten) Remscheid, am 22. 9. 1956

Auf Vorladung – ~~Vorgeführt~~ – erscheint der Nachbenannte und erklärt, zur Wahrheit ermahnt:

I. Zur Person:

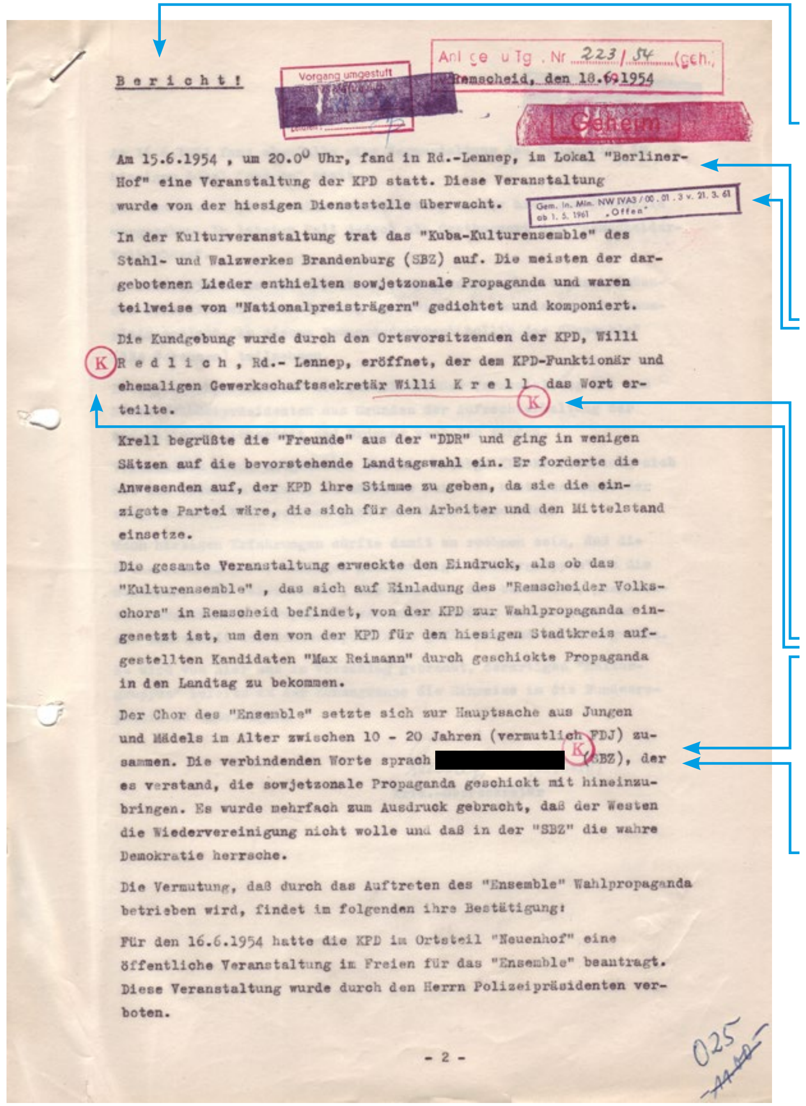
1. a) **Familienname,** auch Beinamen (bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes)	a) KRELL
b) Vornamen (Rufname ist zu unterstreichen)	b) Wilhelm
2. a) **Hauptberuf** z. Zt. der Tat. Über das Berufsverhältnis ist anzugeben ob Inhaber eines Geschäfts- oder Fabrikationsbetriebes (z. B. Inhaber einer Buchhandlung oder einer Bonbonfabrik), selbst. Handwerksmeister (z. B. Schlossermeister). Geschäftsleiter (Angabe des Geschäftszweiges). Schreiner-, Schlosser-, p. p. Meister, Gehilfe, Geselle, Lehrling, Fabrikarbeiter in Färberei, Gießerei, p. p. Handlungsgehilfe. Verkäuferin usw. bei Ehefrau Beruf des Mannes bei Minderjähr. ohne Beruf der Eltern bei Beamten und staatl. Angestellten die genaueste Anschrift der Dienststelle bei Studierenden die Anschrift der Hochschule und das belegte Lehrfach bei Trägern akademischer Würden (Dipl. Ing., Dr. D. p. p.), wann und bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde	a) Sägenschmied bei Firma Eduard Engels Söhne Remscheid, Wolfstraße
b) Verdienst oder Einkommen (Beantwortung freiw.)	b) keine Aussagen
c) Erwerbslos?	c) ~~Nein~~ ja, ~~seit~~
3. **Geboren**	am 6. 3. 02 in Ronsdorf; Verwaltungsbezirk Wuppertal; Landgerichtsbezirk Wuppertal; Land NRW
4. **Wohnung** oder letzter Aufenthalt	in Remscheid; Verwaltungsbezirk Remscheid; Land NRW; Unterhölterfelder Straße ~~Platz~~ Nr. 25; Fernruf ———
5. **Staatsangehörigkeit**	deutsch
6. **Personalausweis** (Nr. und ausstellende Behörde)	NW IV 293412 d Oberstadtdir. Remscheid

*) Nichtzutreffendes durchstreichen.

Polizeilicher Personalbogen zu Wilhelm Krell, LAV NRW R BR 2025 Nr. 9

5.7.4 Ergebnisse der Auswertung

Krell war bereits vor 1933 in der KPD aktiv und während des Nationalsozialismus verfolgt worden. Nach 1945 wirkte er als Erster Sekretär der Gewerkschaft IG Metall in Remscheid. Dort vertrat er kommunistische Ideen bis die Gewerkschaftsführung 1953 gegen Kommunisten in ihren Reihen vorging und auch Krell sein Amt verlor. Anschließend war er bis zum Parteiverbot als Erster Kreissekretär bei der Kreisleitung der KPD in Remscheid tätig. Polizeilich auffällig wurde Krell das erste Mal 1954, als er als Redner bei einem Auftritt eines Kulturensembles aus der DDR in einer Gaststätte in Lennep das Grußwort sprach und damit Werbung für die KPD bei der bevorstehenden Landtagswahl verband.



Anl ge u Tg . Nr 223/54 (geh.)
Vorgang umgestuft
Remscheid, den 18.6.1954
Geheim
Gem. In. Min. NW IVA3 / 00 . 01 . 3 v. 21. 3. 61 ab 1. 5. 1961 „Offen"

B e r i c h t !

Am 15.6.1954 , um 20.00 Uhr, fand in Rd.-Lennep, im Lokal "Berliner-Hof" eine Veranstaltung der KPD statt. Diese Veranstaltung wurde von der hiesigen Dienststelle überwacht.

In der Kulturveranstaltung trat das "Kuba-Kulturensemble" des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg (SBZ) auf. Die meisten der dargebotenen Lieder enthielten sowjetzonale Propaganda und waren teilweise von "Nationalpreisträgern" gedichtet und komponiert.

Die Kundgebung wurde durch den Ortsvorsitzenden der KPD, Willi (K) R e d l i c h , Rd.- Lennep, eröffnet, der dem KPD-Funktionär und ehemaligen Gewerkschaftssekretär Willi K r e l l (K) das Wort erteilte.

Krell begrüßte die "Freunde" aus der "DDR" und ging in wenigen Sätzen auf die bevorstehende Landtagswahl ein. Er forderte die Anwesenden auf, der KPD ihre Stimme zu geben, da sie die einzigste Partei wäre, die sich für den Arbeiter und den Mittelstand einsetze.

Die gesamte Veranstaltung erweckte den Eindruck, als ob das "Kulturensemble" , das sich auf Einladung des "Remscheider Volkschors" in Remscheid befindet, von der KPD zur Wahlpropaganda eingesetzt ist, um den von der KPD für den hiesigen Stadtkreis aufgestellten Kandidaten "Max Reimann" durch geschickte Propaganda in den Landtag zu bekommen.

Der Chor des "Ensemble" setzte sich zur Hauptsache aus Jungen und Mädels im Alter zwischen 10 - 20 Jahren (vermutlich FDJ) zusammen. Die verbindenden Worte sprach [redacted] (K) (SBZ), der es verstand, die sowjetzonale Propaganda geschickt mit hineinzubringen. Es wurde mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß der Westen die Wiedervereinigung nicht wolle und daß in der "SBZ" die wahre Demokratie herrsche.

Die Vermutung, daß durch das Auftreten des "Ensemble" Wahlpropaganda betrieben wird, findet im folgenden ihre Bestätigung:

Für den 16.6.1954 hatte die KPD im Ortsteil "Neuenhof" eine öffentliche Veranstaltung im Freien für das "Ensemble" beantragt. Diese Veranstaltung wurde durch den Herrn Polizeipräsidenten verboten.

- 2 -

025

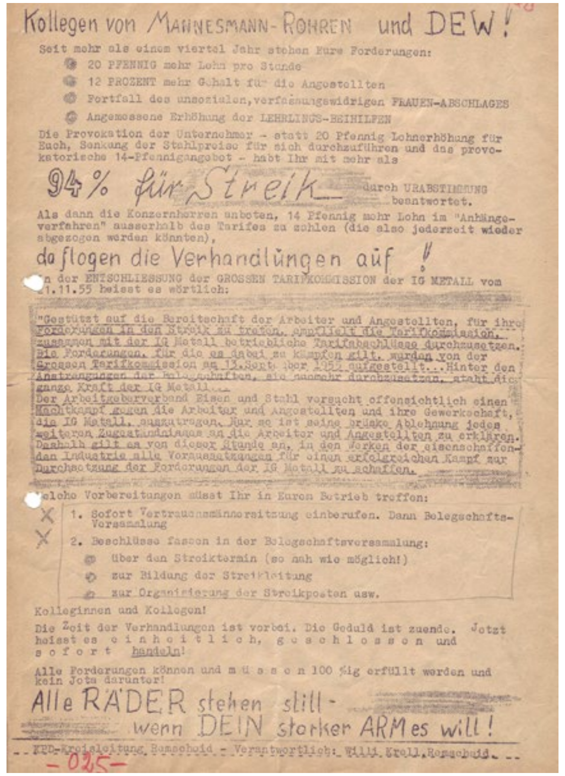
1 Bericht eines verdeckt ermittelnden Kriminalpolizisten über eine KPD-Veranstaltung in Remscheid-Lennep.

2 Die Akte war bei ihrer Entstehung 1954 als „geheim" eingestuft, um keinerlei Informationen aus dem KPD-Parteiverbotsverfahren an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. 1961 wurde die Einstufung als „geheim" aufgehoben.

3 Die drei polizeibekannten Verdächtigen sind mit einem speziellen Stempel markiert (K dürfte für Kommunist bzw. KPD-Mitglied stehen)

4 Der Name des dritten Funktionärs muss wegen noch laufender personenbezogener Schutzfristen bei einer Abbildung der Akte anonymisiert werden.

LAV NRW R BR 2025 Nr. 9



Kollegen von MANNESMANN-RÖHREN und DEW!

Seit mehr als einem viertel Jahr stehen Eure Forderungen:
- 20 PFENNIG mehr Lohn pro Stunde
- 12 PROZENT mehr Gehalt für die Angestellten
- Fortfall des unsozialen, verfassungswidrigen FRAUEN-ABSCHLAGES
- Angemessene Erhöhung der LEHRLINGS-BEIHILFEN

Die Provokation der Unternehmer - statt 20 Pfennig Lohnerhöhung für Euch, Senkung der Stahlpreise für sich durchzuführen und das provokatorische 14-Pfennigangebot - habt Ihr mit mehr als

94 % für Streik durch URABSTIMMUNG beantwortet.

Als dann die Konzernherren anboten, 14 Pfennig mehr Lohn im "Anhängeverfahren" ausserhalb des Tarifes zu zahlen (die also jederzeit wieder abgezogen werden könnten),

da flogen die Verhandlungen auf!

In der ENTSCHLIESSUNG der GROSSEN TARIFKOMMISSION der IG METALL vom 21.11.55 heisst es wörtlich:

"Gestützt auf die Bereitschaft der Arbeiter und Angestellten, für ihre Forderungen in den Streik zu treten, empfiehlt die Tarifkommission, zusammen mit der IG Metall betriebliche Tarifabschlüsse durchzusetzen. Die Forderungen, für die es dabei zu kämpfen gilt, wurden von der Grossen Tarifkommission am 13.Sept. über 1955 aufgestellt... Hinter den Anstrengungen der Belegschaften, sie nunmehr durchzusetzen, steht die ganze Kraft der IG Metall...
Der Arbeitgeberverband Eisen und Stahl versucht offensichtlich einen Machtkampf gegen die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaft, die IG Metall, auszutragen. Nur so ist seine brüske Ablehnung jedes weiteren Zugeständnisses an die Arbeiter und Angestellten zu erklären. Deshalb gilt es von dieser Stunde an, in den Werken der eisenschaffenden Industrie alle Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf zur Durchsetzung der Forderungen der IG Metall zu schaffen.

Welche Vorbereitungen müsst Ihr in Euren Betrieb treffen:

1. Sofort Vertrauensmännersitzung einberufen. Dann Belegschafts-Versammlung
2. Beschlüsse fassen in der Belegschaftsversammlung:
   - über den Streiktermin (so nah wie möglich!)
   - zur Bildung der Streikleitung
   - zur Organisierung der Streikposten usw.

Kolleginnen und Kollegen!

Die Zeit der Verhandlungen ist vorbei. Die Geduld ist zuende. Jetzt heisst es e i n h e i t l i c h , g e s c h l o s s e n und s o f o r t handeln!

Alle Forderungen können und m ü s s e n 100 %ig erfüllt werden und kein Jota darunter!

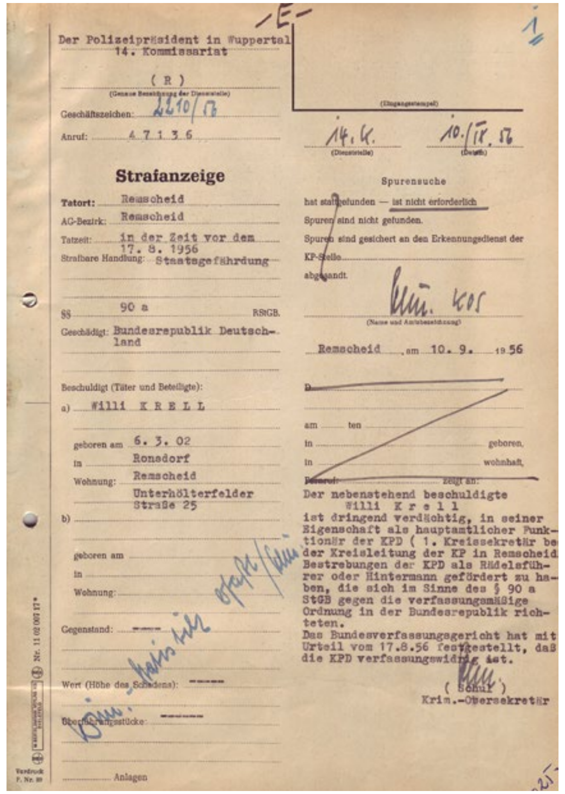
Alle RÄDER stehen still - wenn DEIN starker ARM es will!

KPD-Kreisleitung Remscheid - Verantwortlich: Willi Krell, Remscheid

- 025 -

Streikaufruf der KPD Remscheid, LAV NRW R BR 2025 Nr. 10

Ähnliche Berichte von verdeckten Ermittlern geben Aufschluss über weitere parteipolitische Aktivitäten Krells und zwar sowohl vor als auch nach dem Verbot der KPD (siehe Abb.). Wegen der Tätigkeit gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik wurde 1956 ein Strafverfahren eröffnet, bald aber wieder eingestellt (siehe Abb.). Die Einstellung des Gerichtsverfahrens war für die Polizei aber kein Anlass, die Akte zu schließen. Als „fanatischer Anhänger der kommunistischen Ideologie" blieb er verdächtig genug, um weiteres Material zu sammeln. Krell enttäuschte die Ermittler nicht: Bei der Landtagswahl 1958 kandidierte er gleich anderen ehemaligen Parteimitgliedern als unabhängiger Kandidat, eine Aktion, die zentral aus der DDR gesteuert wurde, um Ersatzstrukturen für die verbotene KPD zu schaffen. 1961 wurde er dafür zu sieben Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Auch in der Folgezeit vermerkte die Polizei verschiedene Aktivitäten Krells, etwa den Empfang von „staatsgefährdenden" Zeitschriften oder den Besuch von „linkspolitischen" Veranstaltungen (siehe Abb.). 1967 trat Krell als Mitveranstalter



Der Polizeipräsident in Wuppertal
14. Kommissariat
(R)
(Genaue Bezeichnung der Dienststelle)
(Eingangsstempel)

Geschäftszeichen: 2210/56
Anruf: 4 7 1 3 6
14. K. (Dienststelle) 10. IX. 56 (Datum)

Strafanzeige

Tatort: Remscheid
AG-Bezirk: Remscheid
Tatzeit: in der Zeit vor dem 17. 8. 1956
Strafbare Handlung: Staatsgefährdung
§§ 90 a RStGB.
Geschädigt: Bundesrepublik Deutschland

Beschuldigt (Täter und Beteiligte):
a) Willi K R E L L
geboren am 6. 3. 02
in Ronsdorf
Wohnung: Remscheid Unterhölterfelder Straße 25
b)
geboren am
in
Wohnung:
Gegenstand: -----
Wert (Höhe des Schadens): -----
Überführungsstücke: -----
Anlagen

Spurensuche
hat stattgefunden — ist nicht erforderlich
Spuren sind nicht gefunden.
Spuren sind gesichert an den Erkennungsdienst der KP-Stelle abgesandt.
(Name und Amtsbezeichnung)

Remscheid, am 10. 9. 1956

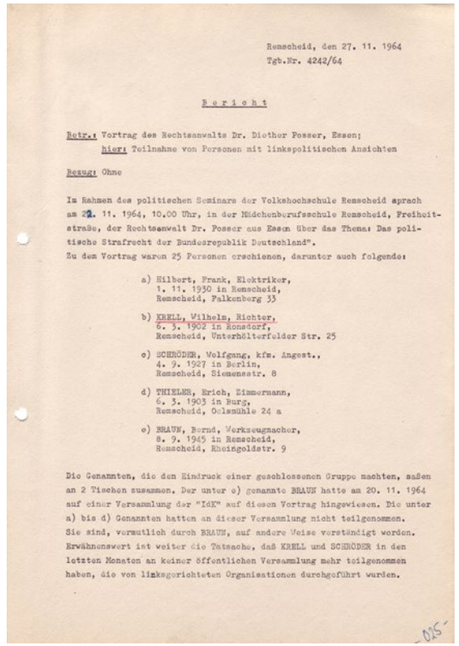
Der nebenstehend beschuldigte Willi K r e l l ist dringend verdächtig, in seiner Eigenschaft als hauptamtlicher Funktionär der KPD (1. Kreissekretär bei der Kreisleitung der KP in Remscheid) Bestrebungen der KPD als Rädelsführer oder Hintermann gefördert zu haben, die sich im Sinne des § 90 a StGB gegen die verfassungsmäßige Ordnung in der Bundesrepublik richteten.
Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 17.8.56 festgestellt, daß die KPD verfassungswidrig ist.

(Schul)
Krim.-Obersekretär

Strafanzeige wegen Betätigung gegen die verfassungsmäßige Ordnung, LAV NRW R BR 2025 Nr. 9

einer Tagung „Wiederzulassung der KPD“ auf, 1968 schließlich als Mitbegründer und stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in Remscheid (siehe Abb.). In der Kriminalakte tauchen anschließend noch weitere kurze Vermerke über den Besuch bestimmter Veranstaltungen auf, die politische Aktivitäten noch bis ins hohe Alter dokumentieren. Der letzte Vermerk, die Mitunterzeichnung einer Anzeige gegen den Atomkrieg im Remscheider Generalanzeiger, stammt von 1981. Bald darauf scheint der 1902 geborene Wilhelm Krell verstorben zu sein.

Die Kriminalakte beleuchtet einen bedeutenden gesellschaftspolitischen Konflikt der frühen Bundesrepublik und macht ihn an einer konkreten Biographie greifbar. Erkennbar werden die Tätigkeit eines einzelnen kommunistischen Funktionärs und die von ihm vertretenen politischen Überzeugungen. Anders als öffentliche Flugblätter, Wahlprogramme oder Parteizeitungen bietet die Kriminalakte detaillierte Informationen über Organisation und Struktur der parteipolitischen Arbeit, angefangen bei lokalen Treffen und Veranstaltungen bis hin zur Benennung von Sympathisanten und Unterstützern. Ein solcher schlaglichtartiger Blick in das linke bzw. linksextremistische Lager ist anderweitig nur schwer möglich. Darüber hinaus ist zu erkennen, welchen Aufwand die Behörden betrieben, um der tatsächlichen oder vermeintlichen kommunistischen Gefahr Herr zu werden, was auch den breiten Einsatz verdeckter Ermittler und Informanten oder die Überprüfung von Postsendungen beinhaltete. Aus einer Kriminalakte lassen sich also neben Aussagen über die erfasste Person auch Erkenntnisse über die Polizisten gewinnen. Ihr Handeln, ihre Erwartungen



Remscheid, den 27. 11. 1964
Tgb.Nr. 4242/64

B e r i c h t

Betr.: Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Diether Posser, Essen;
hier: Teilnahme von Personen mit linkspolitischen Ansichten

Bezug: Ohne

Im Rahmen des politischen Seminars der Volkshochschule Remscheid sprach am 26. 11. 1964, 10.00 Uhr, in der Mädchenberufsschule Remscheid, Freiheitstraße, der Rechtsanwalt Dr. Posser aus Essen über das Thema: Das politische Strafrecht der Bundesrepublik Deutschland".
Zu dem Vortrag waren 25 Personen erschienen, darunter auch folgende:

a) Hilbert, Frank, Elektriker,
1. 11. 1930 in Remscheid,
Remscheid, Falkenberg 33

b) KRELL, Wilhelm, Richter,
6. 3. 1902 in Konsdorf,
Remscheid, Unterbölterfelder Str. 25

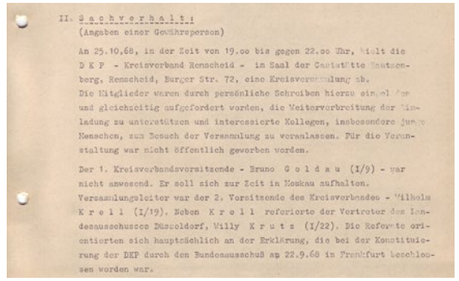
c) SCHRÖDER, Wolfgang, kfm. Angest.,
4. 9. 1927 in Berlin,
Remscheid, Siemensstr. 8

d) THIELEN, Erich, Zimmermann,
6. 3. 1903 in Burg,
Remscheid, Golsmühle 24 a

e) BRAUN, Bernd, Werkzeugmacher,
8. 9. 1945 in Remscheid,
Remscheid, Rheingoldstr. 9

Die Genannten, die den Eindruck einer geschlossenen Gruppe machten, saßen an 2 Tischen zusammen. Der unter e) genannte BRAUN hatte am 20. 11. 1964 auf einer Versammlung der "IdK" auf diesen Vortrag hingewiesen. Die unter a) bis d) Genannten hatten an dieser Versammlung nicht teilgenommen. Sie sind, vermutlich durch BRAUN, auf andere Weise verständigt worden. Erwähnenswert ist weiter die Tatsache, daß KRELL und SCHRÖDER in den letzten Monaten an keiner öffentlichen Versammlung mehr teilgenommen haben, die von linksgerichteten Organisationen durchgeführt wurden.

Überwachung von ehemaligen KPD-Mitgliedern, LAV NRW R BR 2025 Nr. 10



II. S a c h v e r h a l t :
(Angaben einer Gewährsperson)

An 25.10.68, in der Zeit von 19.00 bis gegen 22.00 Uhr, hielt die D K P - Kreisverband Remscheid - in Saal der Gaststätte Bautenberg, Remscheid, Burger Str. 72, eine Kreisvorstandssitzung ab. Die Mitglieder waren durch persönliche Schreiben hierzu einzeln [illegible] und gleichzeitig aufgefordert worden, die Weiterverbreitung der Einladung zu unterstützen und interessierte Kollegen, insbesondere junge Menschen, zum Besuch der Versammlung zu veranlassen. Für die Veranstaltung war nicht öffentlich geworben worden.

Der 1. Kreisvorstandsvorsitzende - Bruno G o l d a u (I/9) - war nicht anwesend. Er soll sich zur Zeit in Moskau aufhalten. Versammlungsleiter war der 2. Vorsitzende des Kreisverbandes - Wilhelm K r e l l (I/19). Neben K r e l l referierte der Vertreter des Landesausschusses Düsseldorf, Willy K r u t s (I/22). Die Referate orientierten sich hauptsächlich an der Erklärung, die bei der Konstituierung der DKP durch den Bundesausschuß am 22.9.68 in Frankfurt beschlossen worden war.

Bericht eines anonymen Informanten über eine DKP-Veranstaltung, LAV NRW R BR 2025 Nr. 10

und Methoden, ihr Umgang mit dem Verdächtigen können viel über dahinterstehende Meinungen und Weltbilder verraten. Die Akte sagt also viel über die Zeitumstände ihrer Entstehung aus und zwar nicht nur über den kommunistischen Verdächtigen, sondern auch über die staatlichen Ermittler.

5.7.5 Weitere Bestände und Literatur

Kriminalakten werden in einer begrenzten Auswahl von allen Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen übernommen und sind in den jeweiligen Beständen des Landesarchivs NRW vorhanden. Um die große Zahl an Kriminalakten überschaubar zu halten, werden nur die Kriminalakten von Verdächtigen in das Archiv übernommen, deren Nachname mit einem „B“ beginnt (sowie außergewöhnliche Einzelfälle).

Kriminalakten sind gerade aus der Zeit des Nationalsozialismus in großer Zahl im Landesarchiv NRW vorhanden und überwiegend frei einsehbar, z. B.:

- Bestand RW 0058 Personenakten der Staatspolizeileitstelle Düsseldorf zur Verfolgung von Oppositionellen gegen die NS-Herrschaft
- Bestand BR 1111 Akten des Polizeipräsidiums Duisburg zur Verfolgung von so genannten Asozialen, Berufsverbrechern und Zigeunern
- Bestand BR 2034 Akten des Polizeipräsidiums Köln zur Verfolgung von so genannten Berufsverbrechern und Zigeunern
- Folgende Literatur gibt weitere nützliche Informationen:
- Harald Buhlan/Werner Jung (Hgg.), Wessen Freund und wessen Helfer? Die Kölner Polizei im Nationalsozialismus, Köln 2000.
- Bastian Fleermann/Hildegard Jakobs/Frank Sparing (Hgg.), Die Gestapo Düsseldorf 1933-1945. Geschichte einer nationalsozialistischen Sonderbehörde im Westen Deutschlands, Düsseldorf 2012.
- Julia Lederle: Gestapo-Personenakten, in: Jens Heckl (Hg.), Unbekannte Quellen: „Massenakten“ des 20. Jahrhunderts. Untersuchungen seriellen Schriftguts aus normierten Verwaltungsverfahren, Bd. 2., Düsseldorf 2012, S. 85-96.
- Stefan Noethen, Alte Kameraden und neue Kollegen. Polizei in Nordrhein-Westfalen, Essen 2003.
- Kathrin Pilger, Personenbezogene Kriminalakten, in: Jens Heckl (Hg.), Unbekannte Quellen: „Massenakten“ des 20. Jahrhunderts. Untersuchungen seriellen Schriftguts aus normierten Verwaltungsverfahren, Bd. 2, Düsseldorf 2012, S. 76-84.